

Aktive Bürger Bornheim

Wir erobern unsere Stadt zurück!

Pressemitteilung

Wir bitten um die Berücksichtigung bei der Berichterstattung zum Thema im Regionalteil Vorgebirge.

Bornheim soll mehr Flüchtlinge aufnehmen?

Die Linkspartei will, dass sich die Stadt Bornheim dem offenen Brief der Bürgermeister der Städte, Köln, Düsseldorf und Bonn an Frau Merkel anschließt (siehe 3.) und über die offiziellen Flüchtlingszuweisungen hinaus weitere Flüchtlinge in Bornheim aufnimmt. Dabei bezieht sich die Linke auf die Bornheimer Erklärung (siehe 6.). Die Bornheimer Erklärung wurde etwas später jedoch deutlich überarbeitet (siehe 5.) und als Stellungnahme des Rates und der Verwaltung ebenfalls im Rat einstimmig beschlossen.

Paul Breuer: "Diese Stellungnahme ist für die Stadt Bornheim nach wie vor verbindlich. Aus diesem Grunde sieht die ABB keine Veranlassung sich auf die ursprüngliche Bornheimer Erklärung zurück zu ziehen, sich dem Brief der Städte Düsseldorf, Köln und Bonn anzuschließen und die Stellungnahme des Rates und der Verwaltung zu ignorieren."

Dem Sozialausschuss liegen aktuell 2 alternative Beschlussvorlagen der Verwaltung vor:

“Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel der Stadt Bornheim begrüßt die humanitäre Geste des offenen Briefes der Städte Bonn, Köln und Düsseldorf vom 24.07.2018.”

alternativ

“Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel der Stadt Bornheim schließt sich dem offenen Brief der Städte Bonn, Köln und Düsseldorf vom 24.07.2018 an.” (Will mehr Flüchtlinge aufnehmen!)

Beschlussvorschlag der ABB:

"Der Rat der Stadt Bornheim verweist auf die Stellungnahme des Rates und der Verwaltung vom 03.12.2015 und nimmt die soziale menschliche Geste des offenen Briefes der Städte Köln, Bonn und Düsseldorf zur Kenntnis."

Paul Breuer: "Was für ein Zirkus wird hier veranstaltet? Die Linkspartei hält ein Stöckchen hin und die anderen Fraktionen sollen darüber springen. Das die Fraktionen von SPD, Grünen und Linke für den Alternativtext der Verwaltung abstimmen werden, braucht niemanden zu wundern. Soweit so gut, aber was ist denn mit der am 3. Dezember 2015 einstimmig verabschiedeten Fortschreibung der Bornheimer Erklärung, die sehr klar formuliert, wer Asyl beantragen kann und wer nicht? Um es einfach zu sagen, dieser Beschluss ist offensichtlich "nicht mehr in". Niemand außer der ABB will sich daran noch erinnern."

Folgende Formulierungen sind offensichtlich längst vergessen. Beschluss des Rates der Stadt Bornheim vom 03.12.2015. Einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Stellungnahme des Rates und der Verwaltung der Stadt Bornheim vom 03.12.2015
Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen (Auszüge).

- “Rückwirkend sind die Kosten für 2015 von Bund und Land zu 100% zu übernehmen. Auch die Kosten für die Betreuung der geduldeten Flüchtlinge, deren Anträge rechtskräftig abgelehnt wurden, sind von Bund und Land zu übernehmen.”
- “Für Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen in der Europäischen Union einreisen und bei uns Arbeit und eine bessere Zukunft suchen, haben wir Verständnis. Ihnen kann jedoch kein Asylrecht gewährt werden. Diejenigen, die kein Asyl erhalten, keine Flüchtlingseigenschaften nach der Genfer Konvention und auch keine subsidiären Gründe zum Bleiben aufweisen, sollen in menschenwürdiger Form zügig in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden. Grundlage dafür sind die Beurteilungen des BAMF. Die Ausländerbehörde des Rhein-Sieg-Kreises muss dieser Aufgabe gerecht werden, damit nicht Kapazitäten, die dringend für die große Zahl von Flüchtlingen benötigt werden, die Aussicht auf Anerkennung haben, gebunden werden.”
- “Auch um das Grundrecht auf Asyl zu bewahren und zu schützen, muss Deutschland seine selbst gewählte Definition als Einwanderungsland in geltendes Recht umsetzen und ein Einwanderungsgesetz schaffen, das die Zuwanderung, die nicht in Form von Flucht geschieht, regelt.“

- “Nur so kann die Stadt dauerhaft handlungsfähig bleiben denn die Belastungsgrenze der städtischen Verwaltungsmitarbeiter/innen ist längst erreicht.“
- Auf den Islam bezogen: “Wir stehen für ein friedliches Zusammenleben von Menschen in Bornheim auf Basis unseres Grundgesetzes und unserer politischen Kultur. Dazu gehören auch und insbesondere die Religions- und Meinungsfreiheit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau.“

Paul Breuer: "Die Stellungnahme der Verwaltung und des Rates vom 03.12.2015 ist heute offensichtlich nur noch Schall und Rauch. Statt dessen werden Placebo-Anträge diskutiert, die, wie auch immer sie ausfallen, keinerlei Auswirkungen auf die Stadt Bornheim haben. Das alles lenkt "wunderbar" von den wirklichen Problemen in Bornheim ab."

1. **Weitere Informationen:**
2. [Antrag der Linken](#)
3. [Brief von 3 Städten an die Bundeskanzlerin](#)
4. [Beschlussentwurf der ABB](#)
5. [Stellungnahme Rat und Verwaltung \(03.12.2015\)](#) ← wichtig (Protokoll)
6. [Bornheimer Erklärung Text Beschluss Protokoll \(02.10.2014\)](#)

Komplette Stellungnahme der ABB zum Thema:

<https://www.aktivebuergerbornheim.de/2018/10/zum-antrag-der-linkspartei-in-bornheim-mehr-fluechtlinge-aufzunehmen/>

Bornheim, den 27.10.2018

Paul Breuer (ABB)